

# Danziger Zeitung.



# Zeitung.

Nr. 16923.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonnabend Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Interessenten können für die sieben geschafften gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

### Vom Kronprinzen.

Gan Remo, 14. Februar. Abends 11 Uhr. (W. L.) Der Kronprinz ist überaus wohl; er genoss feste Speisen mit Appetit. Es ist kein Fieber oder andere ungünstige Erscheinungen vorhanden.

London, 15. Februar. (W. L.) Das Hofsjournal meldet, die Königin erhielt fortgesetzt die günstigsten Berichte über den Kronprinzen.

Berlin, 15. Februar. (Privatelegramm.) Die Freisinnigen haben eine Vorlage eingebracht, nach welcher die Wittwenkassenbeiträge und Antrittsgelder, welche bisher die Lehrer öffentlicher Volksschulen zahlten, auf Landesmittel übernommen werden.

### Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Februar.

#### Offiziöse Unkenrufe zur äußeren Lage.

Seit einigen Tagen ist auf gewissen Seiten offenbar wieder das Bestreben vorhanden, einen Umsturz in der Beurtheilung der politischen Lage herbeizuführen. Während die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch in der vorigen Woche in schärfster Weise gegen die pessimistischen Tendenzen der Börse zu Felde zog, bläst sie heute mit dem Berliner Correspondenten der Wiener „Pol. Corresp.“ in dasselbe Horn, der schon früher die Pflicht empfand, vor der Annahme zu warnen, als ob die Rede des Reichskanzlers den Frieden Europas gesichert habe. An der Spitze ihrer Rundschau aus dem Auslande bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine ihrer gewohnten politischen Auslassungen, welche diesmal lautet:

Der Zustand chronischer Krankheit, welchem nach der im gestrigen Abendblatt mitgetheilten Diagnose des Berliner Mitarbeiters der „Pol. Corr.“ die internationale europäische Entwicklung leider verfallen ist, erfüllt Regierungen und Völker mit der Empfindung eines Unbehagens, das mit bleierner Schwere auf den Gemüthern lastet, ohne daß sich vorläufig abheben läßt, auf welche Weise, durch welche Mittel die gemäß allseitig erwünschte Normalisierung der Lage bewerkstelligt werden könnte. Mit weiterem und freiem Blick ausgestattete Politiker sehen vollkommen ein, daß eine Gewaltkunst, auf deren Anwendung eine gewisse, wohlbekannte Propaganda in Ost und West hindringt, vielleicht noch schlimmer sein dürfte, als das zu bekämpfende Mittel selbst; indem sie aber aus aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft auf die Verhinderung eines katastrophalen Abschlusses der schwelenden Krisen hinabsetzen, müssen sie gleichwohl mit pflichtgemäßer Sorgfalt darüber wachen, daß die ihrer Pflege anvertrauten vitalen Interessen nicht unvorberedt und in von vornherein compromittirter Position irgend einem immerhin möglichen frivolen Attentat zur Beute werden. In der unerhöbar vorhandenen „unchristlichen Neigung zu Überfällen benachbarter Völker“ einerseits und der daraus erwachsenden Notwendigkeit zur Verstärkung der definitiven Machtmittel andererseits culminiert eben die Logik der zeitigen politischen Constellation. Das so geschaffene Gleichgewicht zwischen den umstürzenden und den erhaltenen Tendenzen ist kein stabiles, was es seiner inneren Natur nach auch gar nicht sein kann, sondern nur ein labiles, das nicht die geringfügigste Aenderung in der Gruppierung der ihm als Stütze dienenden Momente verträgt, sondern höchstens durch behutsame Gleicherichtung von dem bedrohlichen Druck auf eine gesunde Basis hinüberzuleiten wäre. Ob und in welcher Art hier die bessernende Hand angelegt werden kann, ist die Frage, von deren Beantwortung die weitere Gestaltung der Lage abhängen dürfte.

In das übliche Deutsch übersetzt, besagt das nichts anderes, als daß die Friedensmächte auf ihrer Sut sein müssen, damit sie nicht durch die anscheinend friedliche Haltung Russlands düpiert und durch einen russischen Überfall überrascht werden. Wo bleibt denn aber da das Vertrauen in die Worte des Kaisers von Russland, von dem am 6. d. Fürst Bismarck im Reichstage und am 9. d. der englische Premierminister Lord Salisbury im Oberhause als einer festen Grundlage für die Politik der Mächte Russland gegenüber gesprochen haben?

Bekanntlich hat der Reichskanzler in seiner Rede die russischen Truppenverlagerungen damit erklärt, daß Russland sich in dem Fall der Wiedereröffnung der orientalischen Frage eine günstige Stellung sichern wollte. Ist diese Voraussetzung zutreffend, so muß man die jetzige Verschiebung der russischen Truppen nach seiner Westgrenze als eine dauernde ansehen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dagegen bezeichnet die gegenwärtige Lage als eine solche, welche auf die Dauer nicht fortbestehen kann. Sie macht die weitere Gestaltung der Lage davon abhängig, ob es gelingt, die bessernende Hand an die Gesamt situation zu legen; mit anderen Worten: Russland zum Verzicht auf die Truppenverlagerungen an unserer Grenze und zu einer Verständigung über die bulgarische Angelegenheit zu bestimmen. Diese Auslassungen rufen den Einbruch hervor, als sei man in Berlin völlig darüber orientirt, daß die Wirkung der Reichskanzlerrede in Petersburg eine dauernde nicht gewesen sei. Dafür spricht auch, daß das Organ des Reichskanzlers heute schon wieder sich gezwungen sieht, der russischen „Neuen Zeit“, in deren Sprache man einen Wiederhall der Petersburger Stimmungen zu hören glaubt, eine Fälschung der Bismarck'schen Rede nachzuweisen.

Wohin die neuesten Warnungen zielen, bleibt zu errathen. Wenn aber das offiziöse Blatt davon spricht, daß das durch die Friedenslage geschaffene Gleichgewicht zwischen den umstürzenden (kriegerischen) und erhaltenen (friedlichen) Tendenzen durch die geringfügigste Aenderung in der Gruppierung der ihm als Stütze dienenden Momente hinfällig werden könne, so denkt man unwillkürlich an die kürzlich circulirenden Gerüchte

von dem Rücktritt des antirussischen Cabinets Brattiano in Bukarest und an die Möglichkeit eines russenfreundlichen Cabinets Fürst Demeter Ghika-Cogalniceano, unter dessen Leitung den russischen Truppen der Weg nach Bulgarien eröffnet werden könnte, eine Erwartung, die freilich nach dem glänzenden Siege Bratiatos bei den kürzlich stattgehabten Wahlen gründlich getäuscht worden ist. Jedenfalls wird man diesen Befürchtungen gegenüber in Betracht ziehen müssen, daß die Welllage, wie solche Fürst Bismarck in seiner großen Rede geschildert hat, in der Zwischenzeit nicht wesentlich alteriert worden sein kann. Bis auf weiteres also scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Erörterungen der offiziösen Presse einen vorwiegend tactischen Zweck haben und mit Vorgängen auf diplomatischem Gebiete in engem Zusammenhang stehen.

In diesem Falle freilich kann man sich nicht verhehlen, daß die Auslassungen der offiziösen Presse in ausgesprochenem Gegensatz zu der Absicht stehen, welche den Reichskanzler nach seinem eigenen Geständnis zu der Rede vom 6. veranlaßt hat, der Absicht nämlich, der nervösen Überreizung der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken. Die neuliche Wiener „Pol. Corr.“ und die heutige „Nordd. Allg. Ztg.“ sind mit dieser Erklärung des Fürsten Bismarck nicht wohl in Einklang zu bringen.

#### Das Ausweisungssystem im Socialisten-Gesetz.

Wie vorauszusehen war und schon telegraphisch gemeldet ist, wurde die zweite Lesung des Socialisten-Gesetzes im Reichstage mit dem Ergebnisse zu Ende geführt, daß zwar die von der Regierung vorgebrachten Verschärfungen, aber auch die aus der Mitte des Hauses beantragten Abmilderungen abgelehnt und Verlängerung des unveränderten Gesetzes auf zwei Jahre beschlossen wurde. Zu bedauern bleibt namentlich, daß an dem System der Ausweisungen, wie es bisher bestand, nichts geändert worden ist. Wie es sich mit demselben verhält, das geht, um ein Beispiel herzuholen, recht deutlich aus dem Falle Rehler hervor, wie er in den Mitteilungen, welche die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags ihren Collegen als Material zur Beratung des Socialisten-Gesetzes gedruckt haben, zugehen lassen, dargestellt ist. Der frühere Regierungsdameister Rehler aus Tilsit wurde Anfang Juni 1886 auf Grund des § 28 des Socialisten-Gesetzes — kleiner Belagerungszustand über Berlin und Umgegend — aus Berlin ausgewiesen. Er begab sich nach Brandenburg a. S. Aber schon am 20. Juni wurde ihm eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Potsdam eingehändigt, durch welche er auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 über die Aufnahme einzuhender Personen der Aufenthalt in der Stadt Brandenburg untersagt wurde. Nach § 2 des angeführten Gesetzes darf keinem selbständigen preußischen Unterthan an dem Orte, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst verschaffen kann, der Aufenthalt verweigert werden, außer wenn jemand durch ein Strafurtheil in der freien Wahl seines Aufenthalts beschränkt ist, oder weiters, wenn die Landespolizeibehörde nötig findet, einen entlassenen Straßling von dem Aufenthalte an gewissen Orten auszuschließen; vorausgesetzt, daß der Straßling zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Thäter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurtheilt worden ist oder in einer Correctionsanstalt eingesperrt gewesen ist. Da Rehler längere Zeit in Berlin gelebt hat, ohne daß die Polizeibehörde sich veranlaßt sah, von jener Gesetzesbestimmung — die Anwendbarkeit auf Rehler vorausgesetzt — Gebrauch zu machen, da Rehler aus Berlin auf Grund des Socialisten-Gesetzes ausgemiesen wurde, so muß die Verfügung der Potsdamer Polizei als eine Consequenz der Ausweisung aus Berlin angesehen werden. Im Juli wurde Rehler aus Braunschweig und zwar dieses Mal auf Grund des § 3 des Freiheitsgefangenen Gesetzes vom 1. Novbr. 1867: „Inwohner bestraft Personen nach den Landesgesetzen aufenthaltsbeschränkungen unterworfen werden können, behält es dabei sein Bewenden.“

Die nächste Ausweisung trifft Rehler in München, wo er aus ganz Bayern ausgewiesen wurde. Im Februar 1887 wurde er aus Gera und dem Fürstenthum Reuß alt Lin. am 12. April aus dem Herzogthum Gotha, am 8. September aus Eisenach und dem Großherzogthum Sachsen ausgewiesen. Als das Schicksal des Rehler bekannt wurde und vielfach, auch in conservativen Kreisen, Aufsehen erregte, machte die „Conf. Corr.“ den gut gemeinten Vorschlag, an die Stelle dieser Ausweisungen aus den einzelnen Theilen des Reichsgebietes die Ausweisung aus dem Reiche überhaupt zu setzen.

Der Reichstag hat nun zwar Bedenken getragen, den Vorschlag der Expatriation zu unterstützen, aber die Möglichkeit der Ausweisung aus allen einzelnen Theilen des deutschen Reichs, wie solche ausweislich des Rehler'schen Falles durch § 28 des Socialisten-Gesetzes gegeben ist, beibehalten. Er hat sich auch durch die Ausführung in der Begründung der Vorlage nicht irre machen lassen, in der letzten Zeit seien von den verschiedenen Seiten laute Klagen darüber erhoben worden, daß die nach § 28 des Gesetzes aus einem bestimmten Orte Ausgewiesenen in der Regel die Agitation für die sozialdemokratischen Lehren und Grundsätze am dem neuen Aufenthaltsorte, oft in verstärktem Maße, wieder aufgenommen und diese damit häufig in Gegenen verpflanzt hätten, welche bisher von der sozialdemokratischen Propaganda wenig oder garnicht berührt waren.

Dass diese Wahrnehmung für die Julässigkeit der Ausweisung von Angehörigen des deutschen Reichs aus dem Reichsgebiet spreche, ist von der Mehrheit des Reichstags durch Ablehnung des beigefüglichen Vorschlags der Regierung in Abrede gestellt worden. Unter allen Umständen aber ist der Beweis geführt, daß das System der Ausweisungen, wie es jetzt auf Grund des § 28 des Gesetzes gehandhabt wird, den Absichten des Gesetzes nicht entspricht. Nichtsdestoweniger ist der § 28 unverändert beibehalten worden, nachdem Minister v. Puttkamer erklärt hatte, ohne denselben sei das Gesetz werthlos.

Wie ungünstig muß es um ein Gesetz stehen, von dessen wichtigster Bestimmung die Regierungen einstimmig bezeugen, daß sie der Absicht, die weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Irrlehren zu hindern, nur Hindernisse entgegenstellt

#### Das erste Erfordernis des neuen Wehrgeistes.

Wie der Telegraph schon meldete, hat die gestern ausgegebene Nummer des Reichsgefeblattes das Gesetz betr. Änderungen der Wehrpflicht vom 11. Febr. 1888 verkündigt. Das Gesetz ist mit dem Tage der Verkündigung, also gestern in Kraft getreten. Darnach haben sich innerhalb 4 Wochen, also bis zum 14. März d. zur erstmaligen Aufstellung der Listen diejenigen in 1850 oder später geborenen Personen, welche nach abgeleiteter gesetzlicher Dienstpflicht im stehenden Heere und der Landwehr bez. als geübte Erfahrener reserviert nach Ablauf der Erfahrenerpflicht bereits zum Landsturm entlassen sind, schriftlich oder mündlich unter Vorlage ihrer Militärpapiere, soweit diese noch vorhanden sind, im Stationsorte der betreffenden Landwehrcompagnien zu melden. Bei Unterlassung der Meldung kommen die Bestimmungen des § 67 des Reichsmilitärgefebls vom 2. Mai 1874 in Anwendung, d. h. die Mannschaften können, abgesehen von der etwa noch andrerweit über sie zu verhängenden Strafe, unter Verlängerung ihrer Dienstzeit in die nächsthüngere Jahreshilfe versetzt werden.

Uns ging hierzu ferner das folgende Telegramm zu:

Berlin, 15. Februar. (W. L.) Nach den vom Armeeverordnungsblatt veröffentlichten militärischen Ergänzungsbestimmungen zu dem neuen Wehrgeiste fällt die bisherige Eintheilung in Landwehrregimenter und Bataillone fort; an deren Stelle treten die den Infanteriebrigaden direct unterstehenden Landwehrbataillonsbezirke. Die neue Landwehrbezirkseintheilung nach Infanteriebrigaden läuft durch das ganze Reich und umfaßt auch das württembergische und die beiden bayrischen Armeecorps.

#### Deutsche Verträge mit Guatemala und Honduras.

Dem Bundesrat ist der am 20. September 1887 zu Guatemala unterzeichnete Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Consularvertrag zwischen dem deutschen Reich und dem Freistaat Guatemala, sowie der am 12. Dezember 1887 ebenfalls unterzeichnete Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Consularvertrag zwischen dem deutschen Reich und dem Freistaat Honduras zugangen.

Abgesehen von einer Anzahl redactioneller Verbesserungen, sind die Verträge zum größten Theile identisch mit den bestehenden deutsch-costaricanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsconvention vom 18. Mai 1875. Wie diese (und wie fast alle zwischen europäischen und amerikanischen Staaten bestehenden Verträge) beruhen die beiden vorgenannten auf dem Grundsatz der vollen Reciprocity und sichern, abgesehen von dem sich auch in dem costaricanischen Vertrage findenden Vorbehalt, die gleiche Behandlung der beiderseitigen Angehörigen mit den Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

Schon in dem Jahre 1873 ist von der Regierung des Freistaates Guatemala der Wunsch geäußert worden, mit dem Reich in Vertragsverhandlungen zu treten. Die Verhandlungen, welche aus äußerer Gründen erst im Jahre 1876 durch den inzwischen dort beglaubigten kaiserlichen Geschäftsträger eröffnet werden konnten, führten am 12. Oktbr. 1876 zur Unterzeichnung eines Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Consularvertrages. Gegen denselben walsteten hier in dessen mehrfache Bedenken ob, so daß diesseits beschlossen wurde, vor der Genehmigung des Vertrages noch verschiedene Nachträge bei Jufah bestimmungen zu vereinbaren. Nach langwierigen Verhandlungen des diesseitigen Bevollmächtigten über die Verlängerung der in dem Vertrage vorgesehene Nachtragsfrist gelang es demselben, unter dem 11. September 1878 mit Guatemala an Stelle der Nachtragsconvention einen neuen Vertrag abzuschließen, in welchem die deutschseits gewünschten Modifizierungen im allgemeinen berücksichtigt worden waren.

Letzterer gelangte jedoch wiederum nicht zur Ratifikation, da im Jahre 1879 in die guatemalische Verfassung ein von den beigefüglichen Bestimmungen des Vertrags abweichender Artikel aufgenommen wurde, wonach die in Guatemala geborenen Kinder von Ausländern als Inländer betrachtet werden sollten, und der dortige Congress daraufhin die Erklärung abgab, daß solange ein Widerspruch besteht, dem Vertrage die Zustimmung nicht ertheilt werden könne. Seit dieser Zeit haben die Verhandlungen geruht, bis durch ein guatemalisches Gesetz vom 20. Oktober 1885 der gedachte Artikel dahin ergänzt wurde, daß die Regierung ermächtigt sei, im Vertragswege, jedoch unter Beobachtung der Reciprocity, die Frage der Staatsangehörigkeit in einer von jenem Artikel abweichenden

Form zu regeln. Daraufhin gab die guatemalische Regierung den Wunsch zu erkennen, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Diesem Wunsche wurde diesseits entsprochen, und die Verhandlungen führten nach verschiedenen längeren, durch Wechsel in der Regierung des Freistaates veranlaßten Unterbrechungen, am 20. September 1887 zu Guatemala zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrags. Derselbe ist inzwischen von dem guatemalischen Congress genehmigt und von dem Präsidenten ratifiziert worden.

Was den Freistaat Honduras anbetrifft, so hat dessen Regierung vor längerer Zeit den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Deutschland einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zu vereinbaren, und hat sich der Bundesrat im Jahre 1877 mit dem Abschluß eines solchen einverstanden erklärt. Die Eröffnung bezüglicher Verhandlungen wurde indessen durch Schwierigkeiten, die in den politischen Verhältnissen des Freistaates ihren Grund hatten, verzögert. Dazu kam, daß an Ort und Stelle es an einem diesseitigen Vertreter, der mit den Verhandlungen betraut werden könnte, fehlt. Im übrigen schien es mehrentsprechend, zunächst den Vertrag mit Guatemala zum definitiven Abschluß zu bringen, da annehmen war, daß die Verhandlungen mit anderen central-amerikanischen Staaten leichter zum Ziele führen würden, sobald einmal mit demjenigen jener Staaten, welcher die lebhaftesten Beziehungen mit Deutschland unterhält, eine Verständigung erzielt sein würde.

Diese Voraussetzung ist in der That eingetreten. Nachdem, wie oben erwähnt, im September v. J. der Vertrag zwischen dem Reich und Guatemala zum Abschluß gelangt war, bevoilmächtigte die Regierung von Honduras den Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Guatemala, der auch an den Verhandlungen über jenen Vertrag beteiligt war, zum Abschluß eines gleichlautenden Vertrages mit Deutschland. Am 12. Dezember 1887 fand dann ohne weitere Schwierigkeiten die Unterzeichnung des vorliegenden Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Consularvertrages seitens der beiderseitigen Bevollmächtigten statt. Derselbe ist nach Berichten des diesseitigen Unterhändlers inzwischen auf Seiten des Freistaates Honduras gleichfalls ratifiziert worden.

**Englands Verpflichtungen auf dem Continent.**  
Im englischen Unterhause wurde, wie aus London telegraphiert wird, von dem Unterstaatssecretär des Außenw. Fergusson, auf eine beigefügte Anfrage die Erklärung abgegeben, er habe bereits erklärt, daß die Regierung außer den dem Hause bekannten Engagements keine weiteren Verpflichtungen eingegangen sei, durch welche eine militärische Action Englands, die selbstredend auch eine solche zur See einschließen würde, zugesagt werde. Der Schriftwechsel mit den verschiedenen europäischen Staaten über die gegenwärtige Lage könnte nicht vorgelegt werden. Der radicale Abgeordnete Labouchère fragte an, ob diese Antwort dahin zu verstehen sei, daß mit Italien keinerlei Abmachungen bestehen, selbst ohne Zusage einer militärischen Action Englands zur See. Fergusson erklärte hierauf, er sei nicht in der Lage, eine weitere Antwort zu geben.

**Türken und Armenier.**  
Nach Mittheilungen, die aus Konstantinopel kommen, hat das gespannte Verhältniß zwischen der türkischen Regierung und den Armeniern, ungeachtet der Conferenz des Großvaters mit armenischen Notabeln und der Begegnungen zwischen Persönlichkeiten des Palastes und hervorragenden Armeniern, eine Verschärfung erfahren, welche eine nahe Besserung nicht wahrscheinlich scheint. Aus Armenien sind Meldungen von energischen Nachforschungen der dortigen Behörden und neuen Verhaftungen von Armeniern eingelaufen, welche darin, daß der Verdacht des Sultans bezüglich der Konalität der Armenier durch die Versicherungen ihrer Notabeln nicht zerstreut wurde, vielmehr in letzter Zeit neue Nahrung erhalten zu haben scheint.

**Reichstag.**  
37. Sitzung vom 14. Februar.  
Die 2. Berathung des Socialisten-Gesetzes wird fortgeführt.  
Die Vorlage enthält bei dem § 19 verschärfte Bestimmungen über die Verbreitung verbreiter Druckschriften. — Die Commission beantragt die Ablehnung derselben, während v. Helldorf namens der Conservativen die Annahme befürwortet. Diese Verhärfung wird abgelehnt; ebenso die übrigen.

Abg. Windthorst beantragt, den § 28, betr. die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes, abzulehnen. Der Antragsteller führt aus, daß alle Ausdrückungen spon durch das gemeinsame Recht zu bekämpfen seien. Er habe die Beschränkung des Belagerungszustandes auf Berlin nicht wieder vorgeschlagen, weil der Minister erklärt habe, daß in Berlin die Verhältnisse nicht anders liegen, als in den anderen Städten. Lasse man den Paragraphen in Kraft, so werde die Folge sein, daß die Verhängung des Belagerungszustandes auf immer mehr Orte ausgedehnt und damit das Versammlungsrecht auch den anderen Parteien beschränkt werde.

Abg. v. Kleist-Rethor (conf.): Dass eine zu weite Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes nicht zu befürchten sei, gehe doch schon aus der bisherigen Handhabung des Gesetzes hervor. Gegenüber den revolutionären Umsturzverschwörungen der Sozialdemokraten müßt für Drie mit großen Arbeiterverschärfungen solche Ausnahmeverord

sung gehört, das nämlich amtlich Leute angestellt werden, um Verbrechen anzustiften. Das System ist also moralisch mit verantwortlich für diese Verbrechen.

Abg. Haniel (freis.): Meine politischen Freunde und ich werden für den Antrag Windthorst stimmen. Ich habe die feste Überzeugung, daß der Zeitpunkt nicht fern ist, wo, ähnlich wie bei den Maigesetzen, keine Partei es zugefesten wird, für dieses Gesetz als Urheber oder Theilnehmer verantwortlich zu sein.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Ich für meine Person werde die Verantwortlichkeit für dieses Gesetz tragen. So sehr ich dafür bin, die Bestimmungen des Socialisten-Gesetzes dem allgemeinen Rechte einzuverleiben, der § 28 wird niemals dem allgemeinen Rechte einzuverleiben werden können. Ich hoffe, die Zeit wird kommen, wo wir diesen Paragraphen abmilbern oder entbehren können.

Abg. v. Bennigsen (n.-l.): Herr Windthorst hat durch seine Ausführungen seinem eigenen Antrage widerprochen, denn während er durch denselben das Socialistengesetz allmählich mildern will, erklärt er sich bereit, auch über seinen Antrag hinausgegangene Verhülfungen einzutreten zu lassen. Ich und meine Freunde werden auf eine Erörterung über Änderung, namentlich über Mildierung des Gesetzes nicht eingehen. Dagegen haben wir den dringenden Wunsch, daß die zwei Jahre, für welche das Gesetz jetzt verlängert wird, seitens der verbündeten Regierungen und der Majorität des Hauses dazu benutzt werden, an Stelle dieses Juststandes ein dauerndes Gesetz zu schaffen.

Abg. Bebel (soc.): Wie kann hr. Kardorff oder ein anderer wissen, wie sich die Verhältnisse in zehn bis zwanzig Jahren gestalten? Es könnte doch der Tag kommen, wo er und seine Freunde diesen Schritt bitter bereuen. (Widerspruch rechts.) Aus der Debatte hat sich ergeben, daß ohne jede Discussion sich dasselbe Resultat herausgestellt haben würde.

Das ist auch ein Beweis dafür, was der heutige Parlamentarismus wert ist. Mit den anarchistischen Bestrebungen kann das Gesetz unmöglich in Verbindung gebracht werden. Wie es mit dem Anarchismus steht, geht am besten daraus hervor, daß die anarchistischen Blätter große Mühe haben, überhaupt noch existenzfähig zu sein.

Für das Gesetz ist angeführt worden, daß 18000 Exemplare des „Socialdemokraten“ wöchentlich nach Deutschland verlandt werden. Und dagegen braucht das große deutsche Reich ein solches Ausnahmegesetz! Ich würde mich schämen, wenn ich als Minister so handeln müßte. Was aus dem Anarchismus geworden ist, seien Sie an Österreich und den Schweiz. Die „Mostfeind“ Freiheit versendet nach der „Rhein. Ztg.“ nur 800 Exemplare nach Europa; davon kommen 400 in die Hände der Polizei und diese 400 sind wir einzigen, die bezahlt werden. Selbst wenn wir zugeben, daß der § 28 uns mehr Nutzen wie Schaden gebracht hat, so können wir ihn deswegen doch nicht billigen, besonders, weil der darin enthaltene Ausdruck der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ ein so vager ist, daß er nach Willkür benutzt werden kann.

Vortheile haben Sie von dieser Bestimmung nicht, denn einmal können Sie dadurch keine Attentate verhindern, und dann hat die Erfahrung gezeigt, daß wir dadurch an Stimmen nur gewonnen haben. Außerdem hat gerade die Ausweitung einer Reihe meiner Freunde in die Lage gezeigt, sich mehr der Partei zu widmen als früher. Der Einwand, daß man auf die Millionen, welche durch solche Bestrebungen geschädigt werden können, Rücksicht nehmen müßte, ist recht charakteristisch für die Vertreter des Christentums; mit demselben Recht könnte man die Bartholomäusnacht rechtfertigen, denn auch da wollte man die Majorität nicht von der Minorität vergriffen lassen.

Abg. Meyer-Halle (freis.): Sr. v. Puttkamer nennt den Antrag Windthorst einen Abbröckeln eines Gesetzes. Das langsame Abbröckeln eines Gesetzes ist nichts Schlimmes. Ein schöner Beispiel in dieser Beziehung gibt es nicht, als gerade das des Ministers v. Puttkamer. Er war der erste, der die Culturkampfgesetze abbröckelt hat, zuerst außerordentlich vorsichtig. Schließlich haben wir alle mitgebrückt (heiter). Wenn das Socialistengesetz in derselben harmlosen Weise aus der Welt kommt, so können wir nur damit zufrieden sein. Das Vorgehen des Herrn Windthorst müßte gerade die Sympathie der Nationalliberalen finden. Sie wollen ja auch nach zwei Jahren ein wenig abbröckeln. Wenn Sie (die Nationalliberalen) die Expatriierung verwerfen, wie können Sie eine Ausnahmebestimmung aufrecht erhalten, die in ihrem Schoße die Expatriierung als unfehlbare Consequenz birgt. Denn wenn jemand von einem Ort nach dem anderen ausgewiesen wird, wie es z. B. dem Regierungsbaumeister Rekeler gegangen ist, so heißt das doch schließlich, daß er aus dem deutschen Reich selber ausgewiesen worden ist, da ja niemand im deutschen Reich in abstracto sein kann. (Heiterkeit.) Gewiß muß man Verbrechen streng bestrafen; bei der Ausweitung aber findet eine Bestrafung statt, ohne daß die Thätigkeit nachgewiesen wird. Ich bin überzeugt, die meisten Ausgewiesenen würden, wenn sie die Wahl hätten, das Gehen der Ausweisung vorziehen. (Geht richtig! bei den Socialdemokraten.) Ein Mittel gegen Attentate bietet das Gesetz nicht, auch das Niederwaldbattalist ist nicht dadurch verhindert worden. Als hier im vorigen Jahre mehrere Socialisten wegen Leitung einer sozialistischen Verfassung verhaftet worden waren, wurde einiger Tage darauf ein Flugblatt in fast allen Häusern vertheilt, und damit ist der Beweis geliefert, daß man mit solchen Mitteln, wie sie das Gesetz darbietet, der Agitation nicht entgegenwirken kann. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Die Nationalliberalen wollen das Gesetz auch befeiligen und etwas anderes an seine Stelle setzen, verschoben es aber auf eine spätere Zeit. Morgen, morgen, nur nicht heute! Sie sagen auch nicht, in welcher Weise es geschehen soll. Wir wollen nicht warten, sondern gleich an die Arbeit gehen. Ich will allmählich das Gesetz beseitigen; hassen Sie mir dabei!

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Windthorst mit 153 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen geschlossen Centrum, Polen, Welsen, Freisinnige und Socialdemokraten, sowie die fraktionslosen Abg. Rettemeyer, Hildebrand und Deahna; dagegen die beiden Parteien der Rechten und die Nationalliberalen.

In dritter Beratung wird darauf der S.-E. betr. den Erlaß der Relicthenbeiträge, nach den Beschlüssen der zweiten, angenommen.

Abg. v. Bernuth mit Unterstützung von Mitgliedern fast aller Parteien beantragt die Annahme eines Ju-sches, wonach Mitglieder einer Reichsbeamten-Militärmitwesen oder Waisenkasse oder einer derartigen Landesanstalt, wenn sie von dem Recht des Widerrufs ihres Vertrags Gebrauch machen, die seit der Veröffentlichung an die resp. Anstalt gezahlten Beiträge auf die Nachzahlungen angerechnet werden sollen. Auf diejenigen Anstalten, welche früheren Reichsbeamten der Civilverwaltung oder Angehörigen des Reichsheeres und der Marine eine entsprechende Anrednung versagten, soll diese Bestimmung keine Anwendung finden.

Nachdem der Director des Reichs-Schahamts Aschersleben eine Anzahl von Bedenken gegen Inhalt und Fassung des Antrags vorgebracht, beantragt der Abg. Baumbach, daß die angeregten Fragen zur Beratung im Plenum nicht geeignet seien, den Antrag an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verwiesen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte erledigt das Haus in dritter Beratung den S.-E. betr. die Zurückförderung der hinterbleibenden im Auslande angestellter Reichsbeamten und Personen des Soldatenstandes. Die Vorlage wird definitiv angenommen.

Rückste Sitzung: Mittwoch.

## Deutschland.

■ Berlin, 14. Februar. Im Laufe des heutigen Vormittags höerte der Kaiser zunächst den Vortrag des Ober-Hof- und Hausschalls, Grafen Perponcher, und nahm darauf die persönlichen Meldungen vieler höheren Offiziere entgegen. —

Mittags arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Chef des Militärcabinets, General der Cavallerie v. Albedyll, und hatte später eine Unterredung mit dem Chef des Civilcabinets v. Wilmowski. Nachmittags unternahm der Kaiser wie auch am vorhergehenden Tage eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten und conferierte nach der Rückkehr von derselben längere Zeit mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck.

■ Berlin, 14. Februar. Auf eine von der Handelskammer ausgegangene Anregung hin ist zwischen den Handelsvertretungen von Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin eine Einigung wegen Einführung einer einheitlichen metrischen Ordnung im Getreidehandel, und zwar der 1/2-Liter-Schale für alle Getreide-Arten (Roggen, Weizen, Gerste und Hafer) erzielt worden. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit hat die Hamburger Kammer in die Hand genommen; insbesondere führt sie die Verhandlungen mit der kaiserlichen Normal-Alzungs-Commission in Berlin wegen Anstellung von Mustier-Wägen-Apparaten mit 1/2-Liter-Schalen, Tüllrichtern, Streichholz u. s. m., sowie wegen Aufstellung der erforderlichen Reduktionsstabellen.

\* [Prinz Wilhelm und der Verband deutscher Reiter- und Pferdejagd-Vereine.] Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Reiter- und Pferdejagd-Vereine, zu dem der altmärkische, anhaltische, crefelder, düsseldorfer, frankfurter, quedlinburger, hessische, märkische, meher, neisser, pasewalker, posener, merseburger, schlesische, straßburger, thüringer und wuppertaler Verein gehören, hat an diese Vereine folgendes Anschreiben gerichtet:

Berlin, 7. Februar 1888.  
Den Vereinen und den Herren Vorstandsmitgliedern des Verbandes deutscher Reiter- und Pferdejagd-Vereine habe ich die Ehre Nachstehendes ganz ergebenst mitzuteilen:

Am letzten Verbandstage, den 17. Dezember vorigen Jahres, wurde der Wunsch ausgesprochen, eine königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm ehrfürchtvoll zu bitten, das Protectorat des Verbandes huldreichst zu übernehmen.

Nachdem die Vorstandsmitglieder, die Generale v. Rauch, Frhr. v. Löö und v. Bersen, dieserhalb von Gr. königl. Hoheit am 1. Januar c. empfangen wurden, ist mir heute nachstehendes höchstes Handschreiben zugegangen:

Mit Genehmigung Gr. Majestät des Kaisers und Königs übernehme ich hiermit das Protectorat über den Verband deutscher Reiter- und Pferdejagd-Vereine, welches mir angeboten wurde. Ich werbe zu meiner großen Freude hierdurch in die Lage verkehrt, noch genauer und eingehender mein Interesse für das Reiten der Offiziere an den Tag legen zu können. Ich erwarte von dem Verbande, daß er in den Bestrebungen, welche er seit seiner Begründung ausgeführt, zu wirken fortfahren werde.

gez. Wilhelm, Prinz von Preußen.  
Die dem Verbande gewordene hohe Auszeichnung, welche durch dieses hulsvolle Handschreiben zu unserer Kenntnis gebracht wird, muß für jedes Mitglied des Verbandes eine neue Anregung sein, die Bestrebungen derselben gewissenhaft zu fördern, sich dem Rennen, dem Reiten und der Pferdejagd mit Liebe und mit Freuden zu widmen und allen Ausschreitungen streng entgegenzutreten.

Der Vorsitzende des Verbandes  
deutscher Reiter- und Pferdejagd-Vereine,  
v. Rauch.

\* [Der Staatssekretär des Reichs-Schahamts.] Wirkl. Geh. Rath Dr. Jacobi, wird nach dem Vernehmen der „Post“ Anfang März sein Amt wieder übernehmen. Der Urlaub derselben läuft mit dem letzten Februar ab. Sein Befinden soll in stetiger Besserung sein.

\* [Der nationalliberale Abg. Reinhold] in Barmen hat das Reichstagsmandat für Altena-Jerlohn wegen fortwährender Krankheit niedergelegt. Bei der Wahl in Altena-Jerlohn wurden von 29 852 Wahlberechtigten 24 485 Stimmen abgegeben. Darauf erhielt Herr Reinhold 12 318 St. der bisherige freisinnige Vertreter Dr. Langerhans 10 517, während 1629 auf den sozialistischen Kandidaten fielen.

\* Der nationalliberale Abg. Wehr-Sonitz hat sich am vorigen Sonnabend bei der Abstimmung des Abgeordnetenhauses über die Verlängerung der Legislaturperiode der Abstimmung enthalten. Das Gleiche hat nun noch ein Mitglied der nationalliberalen Partei, Vork.

\* In der Commission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Initiativantrages betr. das Dienstekommen und die Pension der Lehrer an den öffentlichen nichtstaatlichen höheren Lehranstalten ist die freisinnige Partei durch die Abg. Dr. Langerhans, Steffens, Wirth vertreten.

\* [In der Begründung der neuen Eisenbahnvorlage] wird eingangs bemerkt, nach dem Vor-  
gang früherer Jahre würden wiederum Mittel für die im Verkehrsinteresse und zur erhöhten Sicherheit des Betriebs und der militärischen Leistungsfähigkeit notwendig gewordene Bau-  
ausführungen und Befestigungen im Bereich der Staatsseisenbahnverwaltung erbeten. Inwieweit für die einzelnen in Vorschlag gebrachten Linien diese Gesichtspunkte maßgebend sind, wird sich erst aus den noch nicht gedruckten Anlagen ersehen lassen.

## Österreich-Ungarn.

Wien, 14. Februar. Nachdem die durch die Schneelawinen zerstörte Brücke der Arlbergbahn wieder hergestellt worden, ist heute der Verkehr auf dieser Bahn wieder aufgenommen. (W. L.)

## Frankreich.

Paris, 14. Februar. Wie es heißt, soll der Unterstaatssekretär der Colonien Faure zurücktreten.

Der Ministerrat beschäftigte sich heute mit der Frage, ob es möglich sei, die Ausgaben für Tongkisten zu beschränken. Der Admiral Aran entwickelte, daß die militärische Sachlage dort gut sei, sprach sich aber gegen eine gegenwärtige Herausforderung der militärischen Lasten aus.

Bei einem in Embrun zu Ehren des Ministers Flourens stattgehabten Banket hielt derselbe eine Rede, in welcher er erklärte, er habe bei den Geschäftsführern nicht als Delegirter der Executivewalt, sondern als Delegirter des Volkes bleiben wollen. (W. L.)

## England.

London, 14. Februar. Das Oberhaus nahm die erste Lesung der Bill betreffend die Regelung des Eisenbahn- und Kanalverkehrs an.

\* [Englisch-italienische Freundschaft.] Der Admiral des vor Genua liegenden englischen Schwadlers, Hewett, hat die Stadtbehörden empfangen und in bewundernswertem Weise Italien gefeiert. Er pries die englisch-italienische Freundschaft, die gegebenen Falles einen praktischen Ausdruck durch die Vereinigung beider Flotten finden könnte.

## Belgien.

Brüssel, 14. Februar. Baron Worms, welcher auf der Rückreise von Berlin nach London hier eintraf, ist zum Staatssekretär der Colonien Englands ernannt. (W. L.)

## Amerika.

\* Einer der Führer des Volksaufstandes, welcher 1848 in Sachsen-Altenburg ausbrach, Dr. Adolf Donat, der damals, nachdem er eine längere Freiheitsstrafe verbüßt hatte, nach Amerika auswanderte, ist kürzlich in Brooklyn gestorben. Dr. Donat, der sich später der Sozialdemokratie zugewandt hatte und bis kurz vor seinem Tode in der Redaktion der „New Yorker Volkszeitung“ thätig war, stand im 70. Lebensjahr.

Am 16. Februar: Danzig, 15. Februar: M.-A. b. Tage, S.-A. 7.21, U.S. 10.7.; M.-U. 10.7. Weiterausgaben für Donnerstag, 16. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Gezwarte.

Frostweiter, zum Theil wolzig und bedeckt mit Schneefällen, zum Theil heiter bei schwachen bis mäßigen Winden.

\* [Neue westpreußische Eisenbahn-Anlagen.] Die für unsere Provinz wichtigsten Punkte der gestern beim Abgeordnetenhaus eingegangenen Befreiungsvorlage haben wir gestern Abend bereits telegraphisch gemeldet. Unter 19 neuen Bahnlinien, für welche incl. der Ausstattung mit Betriebsmitteln 76 704 000 Mk. verlangt werden, entfallen die ersten beiden auf West- resp. Ostpreußen. Es sind dies: 1. von Hohenstein in Ostpreußen nach Marienburg mit Abzweigung nach Maldeuten (14 267 000 Mk.), 2. von Miswalde an der unter Nr. 1 bezeichneten Bahn Hohenstein-Marienburg nach Elbing (2 915 000 Mk.). In den Motiven des Gesetzes heißt es bezüglich dieser beiden Bahnlinien:

Die gesammte zum Bau der Bahnen und deren Nebenanlagen erforderliche Grund und Boden ist der Staatsregierung in dem Umfang, in welchem derselbe nach den landesgesetzlichen Bestimmungen der Erzeugung unterworfen ist, unentgeltlich und kostenfrei zu überweisen, oder die Errichtung der sämtlichen staatsseitig für dessen Beschaffung im Wege der freien Vereinbarung oder Enteignung aufzuhwendenden Kosten, einschließlich aller Nebenkostengaben für Wirtschaftserwerbs und sonstige Nachtheile, in rechtmäßiger Form zu übernehmen und sicher zu stellen. Ferner ist die Mitbenutzung der Chausseen und öffentlichen Wege, soweit dies die Auflösungsbehörde für zulässig erachtet, seitens der daran beteiligten Interessen unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebes der Bahnen zu gestatten.

Der gesammte zum Bau der Bahnen und deren Nebenanlagen erforderliche Grund und Boden ist der Staatsregierung in dem Umfang, in welchem derselbe nach den landesgesetzlichen Bestimmungen der Erzeugung unterworfen ist, unentgeltlich und kostenfrei zu überweisen, oder die Errichtung der sämtlichen staatsseitig für dessen Beschaffung im Wege der freien Vereinbarung oder Enteignung aufzuhwendenden Kosten, einschließlich aller Nebenkostengaben für Wirtschaftserwerbs und sonstige Nachtheile, in rechtmäßiger Form zu übernehmen und sicher zu stellen. Ferner ist die Mitbenutzung der Chausseen und öffentlichen Wege, soweit dies die Auflösungsbehörde für zulässig erachtet, seitens der daran beteiligten Interessen unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebes der Bahnen zu gestatten.

Über die für die Erweiterung der Brücken und Bahnanlagen bei Dirschau und Marienburg geforderten 6 Millionen Mark und die beiden Doppelgleis-Anlagen zwischen Danzig und Sopot, 556 000 Mk., und zwischen Danzig und Hohenstein — die Reißstrecke Hohenstein-Dirschau hat bereits Doppelgleis —, 631 000 Mk., entfallen die Motive keine näheren Angaben. Die Begründung geschieht, wie bisher üblich, in einer besonderen Denkschrift, welche noch nicht erschienen, aber in den nächsten Tagen zu erwarten ist.

Gegenüber den in Berliner Zeitungen laut gewordenen Befürchtungen, daß die Marienburg-Mlawka Eisenbahn durch den beantragten Bau der Bahn von Marienburg nach Hohenstein in ihrem Lokal-Verkehr nicht unerheblich geschädigt werden würde und außerdem der Gefahr entgegegenstehe, den polnischen Verkehr — wenigstens theilweise — an die neue Linie zu verlieren, erfahren wir, daß das von der ges. neuen Bahn berührte Gebiet in engeren Verkehrsbeziehungen mit Danzig bisher nicht gestanden hat, daß vielmehr der Verkehr von und nach jenem Gebiet namentlich mit Hilfe des oberländischen Canals durch Elbing vermittelt wurde. Wie hiernach von einer nennenswerten Schädigung in dem Lokalverkehr der Marienburg-Mlawka Eisenbahn nicht die Rede sein kann, so ist auch jede Befürchtung, daß die Marienburg-Mlawka Eisenbahn durch die neue Bahn den polnisch-Danitzer Verkehr verlieren könnte, ausgeschlossen. Denn im S 12 d des über die Einniedrigung der Staatsbahnen in den Bahnhof Soldau abgeschlossenen, vor dem 1. Oktober 1897 nicht kündbaren Vertrages ist ausdrücklich stipuliert, daß etwaige Tarife zwischen Soldau und bzw. hinterlegenen Stationen und Danzig auf den Unwegsrouten über die neuen Staatsbahnen nur nach Maßgabe der wirklichen Entfernung zu den auf der kürzeren — Marienburg-Mlawka — Route geltenden Entfernungsräumen gebildet werden dürfen.

Die Strecke Marienburg-Soldau der Marienburg-Mlawka Eisenbahn ist 130 Kilometr. lang;

demgegenüber wird die Länge der neuen Route via Osterode-Hohenstein sich auf mindestens 150 Kilometr. belaufen.

Außerdem ist nachträglich zwischen der Staatsseisenbahn-Verwaltung und der Marienburg-Mlawka Eisenbahn laut Vorlage an die General-Verfassung vom 1. Oktober 1887 vereinbart worden, daß die Leitung aller Transporte zwischen den Staatsbahnen und der Marienburg-Mlawka Eisenbahn stets über die kürzeste Route zu erfolgen hat. Hiernach kann also von einer Ablenkung des polnisch-Danitzer Verkehrs von der Marienburg-Mlawka Eisenbahn auf die neue Bahn abgesehen werden.

\* [Von der Weichsel.] Die Eisbrecherarbeiten nehmen trock der Schwierigkeiten, welche das Strombett oberhalb durch die immer bedeutender werdende Stärke des Eises — mitunter bis 60 Centimeter — sowie durch die hohe Lage des Schnees auf der Eisdecke darbielt, rüttigen Fortgang. Die Arbeiten sind bis hinter den Eschenkrug gediehen. Hier und da treffen die Dampfer auf Stopfungen; auch wird ihnen durch weiches Pack- und Schlamm Eis das Vorwärtkommen oft erschwert. Die Strömung schwemmt übrigens auch von den Seiten der aufgebrochenen Rinne große Eisfelsen in die See fort. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3,60 resp. 3,54 Meter.

\* [Militärisches.] Nachdem in den ersten Tagen dieser Woche die Stamm-Mannschaften des 128. Infanterie-Regiments durch den Herrn Oberst im Detail-exerciren inspiziert worden sind, finden von morgen ab die Rekruten-Vorstellungen der drei Bataillone statt, so daß am nächsten Sonnabend bei diesem Regiment die Inspektion beendet ist. Die Rekruten-Vorstellung beim 5. Grenadier-Regiment beginnt heute und



## Berliner Fondsbörse vom 14. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit theilweise etwas höheren Coursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Zendenmeldungen laufen nicht ungünstig, bilden aber geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs ziemlich lebhaft, bei etwas anziehenden Coursen. Später gestaltete sich der Verkehr ruhiger und das Angebot trat mehr hervor; doch blieb die Stimmung ziemlich fest. Der Kapitalsmarkt erwies sich fast für heimische solide Anlagen, und fremde, seiten Zins fragebare Papiere stellten sich teilweise etwas besser. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige zeigten bei fester Gesamtanhaltung teilweise etwas größere Regsamkeit. Der Privat-Discount wurde mit 1½ % ab notiert.

Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditinstitute fester und ziemlich lebhaft; Frankosen waren anfangs fest, dann schwächer; andere österreichische Bahnen fester und Elberthalbahn, Marchau-Wien lebhaft; auch Gottscheerbahn ziemlich belebt. Von den fremden Fonds erhielten sowohl russische Anleihen wie ungarische Goldbonds und Italiener fester bei ziemlich regen Umjägen. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahnen Obligationen waren recht fest und gefragt. Bankaktien lebhaft. Industriepapiere fest und ruhig; Montanwerthe wenig verändert. Inländische Eisenbahnen recht fest.

### Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.75	Russ. 3. Orient-Anleihe	5	51.85
do. do.	3½	101.00	do. Stieg. 5. Anleihe	5	54.00
Staatslotterie Anleihe	4	107.00	do. do. 6. Anleihe	5	84.20
do. do.	3½	101.30	Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	83.20
Staats-Goldoblig.	3½	100.40	do. do. 7. Anleihe	4	48.40
Ostpreu. Bron.-Oblig.	4	103.50	Italienische Rente	5	93.90
Weißr. Bron.-Oblig.	4	102.50	Rumänische Anleihe	5	103.90
Königl. Centr.-Pfdbr.	4	98.90	do. fundire Anl.	5	100.90
Ostpreu. Pfandbriefe	3½	99.30	do. amort. do.	5	91.90
Sommerl. Pfandbr.	3½	99.30	Türk. Anleihe von 1866	1	13.70
do. do.	4	-	Gebirg. Gold-Pfdbr.	5	81.90
Posenl. neue Pfdbr.	4	102.80	do. Rente	5	77.50
do. do.	3½	99.50	do. neue Rente	5	78.90
Wettbew. Pfandbriefe	3½	99.00			
Dom. Rentenbriefe	3½	99.00			
Posenl. do.	4	104.50			
Preußl. do.	4	104.50			
	100.40				
Ausländische Fonds.					
Desterr. Goldrente	4	-			
Desterr. Papier-Rente	5	87.30	Dani. Hypoth.-Pfdbr.	4	-
do. Silber-Rente	4½	74.70	dtch. Grundl.-Pfdbr.	4	101.70
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	63.50	Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	102.50
do. Papier-Rente	5	98.70	Meiningen Hyp.-Pfdbr.	4	102.20
Goldsrente	4	67.10	Nordb. Gruber.-Pfdbr.	4	101.80
Ang. Ost-Pr. 1. Em.	5	77.90	Pomm. Hyp.-Pfdbr.	2. u. 4. Em.	109.90
Kauf. Anleihe 1870	5	75.75	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	107.00
do. do. do.	5	96.20	Berl. Central-Bod.-Cred.	5	115.30
do. do. do.	5	91.10	do. do. do.	4½	112.90
do. do. do.	5	91.15	Br. Hypoth.-Action-Bk.	4	102.50
do. do. do.	5	92.50	do. do. do.	4½	103.50
do. do. do.	5	98.60	do. do. do.	4½	102.40
do. do. do.	5	97.20	Nordhausen-Erfurt	4	-
do. do. do.	5	77.35	Opfpreu. Südbahn	4	75.25
do. Rente	5	104.90	do. do. do.	4½	109.25
Russ.-Engl. Anleihe 1884	5	91.15	Gaal-Bahn St.-Pr.	4	51.50
do. Rente	5	103.40	do. St.-A.	5	107.60
	52.10		Stargard-Posen	5	105.10
			Weimar-Gera gar.	5	25.00
			do. St.-Pr.	5	87.00

### Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl.	1867	4	139.00
Baier. Prämien-Anleihe	4	138.90	
Braunsch. Br.-Anleihe	—	98.30	
Goth. Bräm.-Anleihe	3½	105.25	
Hamburg. 50fr. -Loose	4	139.90	
Hän-Münz. Br. G.	3½	132.90	
Cübecker Bräm.-Anleihe	3½	128.00	
Desterr. Loose 1854	3	108.60	
do. Cred.-L. v. 1860	5	109.80	
do. Loose von 1860	5	123.50	
do. do.	5	133.50	
Oldenburger Loose	3	132.50	
Pr. Bräm.-Anleihe 1855	3½	148.90	
Raab.-Grau. 100f. -Loose	5	97.00	
Ruk. Bräm.-Anl. 1864	5	143.00	
do. do. von 1866	5	132.50	
Ung. Loose	—	207.30	

### Hypotheken-Pfandbriefe.

Dani. Hypoth.-Pfdbr.	4	—
dtch. Grundl.-Pfdbr.	4	101.70
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	102.50
Meiningen Hyp.-Pfdbr.	4	102.20
Nordb. Gruber.-Pfdbr.	4	101.80
Pomm. Hyp.-Pfdbr.	2. u. 4. Em.	109.90
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	107.00
Berl. Central-Bod.-Cred.	5	115.30
do. do. do.	4½	112.90
Br. Hypoth.-Action-Bk.	4	102.50
do. do. do.	4½	103.50
Nordhausen-Erfurt	4	—
Opfpreu. Südbahn	4	75.25
do. do. do.	4½	109.25
Gaäl-Bahn St.-Pr.	4	51.50
do. St.-A.	5	107.60
Stargard-Posen	5	105.10
Weimar-Gera gar.	5	25.00
do. St.-Pr.	5	87.00

### Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Acten.

+ Zinsen vom Staate gar.	Div. 1886	Bank- und Industrie-Actien.
Galizier	77.90	5
Gothardbahn	117.10	3½
Königr. Rud.-Bahn	72.00	4½
Uelitz-Limburg	91.60	4½
Desterr. Franz. St.	15.70	—
+ do. Nordwestbahn	61.30	3½
do. Lit. B.	—	3½
+ Lichtenf.-Parbahn	136.90	10
Franz. Staatsbahnen	115.10	8½
Nat. Südwestbahn	55.00	—
Swiss. Union	2½	—
do. Weltb.	115.80	8
Reichsbank	32.25	—
do. Südb. Lombard	132.90	5.29
Warschau-Wien	132.75	15

### Wilhelmshütte.

Wilhelmshütte. Oberösl. Eisenb.-B. : 103.00 |

Oberösl. Eisenb.-B. : 63.90 | 9

### Berg- und Hüttengesellschaften.

Dortm. Union-Bdg. : 188.95

Königs- u. Laurahütte : 90.90 | ½

Stolberg, Bdg. : 36.25 | ¼

do. Et.-Pr. : 108.00 | 6

Victoria-Hütte : 17.75

Wechsel-Cours vom 14. Februar.

Amsterdam : 8 Tg. 2½ | 188.95

do. 2 Mon. 2½ | 188.35

London : 8 Tg. 3 | 20.85

do. 3 Mon. 3 | 20.35

Paris : 8 Tg. 3 | 80.70

Brüssel : 8 Tg. 3 | 80.65

Wien : 2 Mon. 3 | 80.30

do. 2 Mon. 4 | 160.00

Petersburg : 3 Mon. 5 | 172.75

do. 3 Mon. 5 | 171.30

Maritau : 8 Tg. 5 | 173.10

Dukaten : 9.65

Gouverneurs : 26.32

20-Francs-St. : 16.145

Impairials per 500 Gr. : —

Dollar : 4.175

Englische Banknoten : 20.95

Frankländische Banknoten : 161.00

Österreic. Banknoten : 174.65

Sorten.

Langenmarkt 35 ist die 3. Etage v. 1. April ab zu vermieten. Zu befreien nur 11–1 Uhr. Näheres im Laden oder 1. Etage. (5038)

### Daniger Allgemeiner Gewerbe-Verein.

Donnerstag, den 16. Februar er.

Abends 8 Uhr.

### Vortrag

des Herrn Ober-Ingenieur

Göröder:

Über die Kessel-Explosion auf der Friedenshütte in Oberschlesien.

Interessenten als Gäste gern

gelesen.

Um 7 Uhr Abends:

# Beilage zu Nr. 16923 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 15. Februar 1888.

## Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 14. Februar.

Stat der Justizverwaltung.  
Bei den Einnahmen der Justiz-Prüfungs-Commission nimmt

Abg. Wehr (freicons.) Gelegenheit, die immer wiederkehrenden Vorwürfe gegen den angeblichen Unrecht der Studirenden der Rechte zurückzuweisen. Namentlich den Vorwurf vom Director Bosse im Reichsamt des Innern gegen die den Corps angehörigen Studenten sei unbegründet. Dagegen beschwere sich der Präsident der Justiz-Prüfungs-Commission mit Recht darüber, daß die praktische Vorbildung im Referendariat mangelhafte Resultate liefern. Im weiteren spricht Redner wiederum seine Überzeugung aus, daß das westpreußische Oberlandesgericht in Marienwerder nicht an seinem Platze sei.

Abg. Bachem (Centr.): Eine Statistik über den Fleiß der Studenten würde jedenfalls das ergeben, daß die Corpsstudenten sich durchweg sehr viel mehr Zeit lassen, bis sie an das Examen herantreten. Uebrigens sind doch die Prüfungsergebnisse fast in allen Ober-Landesgerichtsbezirken durchaus befriedigend. Wenn Klagen erhoben werden, so begründen sie sich darauf, daß der Referendar von der Universität die Gewohnheit zum Arbeiten nicht mitbringt, sondern auch im Philisterium gern noch so lange als möglich Student bleiben will.

Abg. Andrae (cons.) betont die Notwendigkeit der Besserstellung der Justizbeamten, vor allem der Richter, nach Rang und Gehalt. Was die Rangfrage anbetrifft, so besteht die Thatsache, daß nur ein Bruchteil aller Assessoren zu Räthen vierter Klasse avanciren, ein sehr ungünstiges Missverhältnis der Richter zu den Regierungsräthen. Man könnte nun den Richtern durch höheres Gehalt Ersatz bieten. Das Durchschnittsgehalt der Verwaltungsbeamten betrage 5592, daß der Richter nur 4200 Mk. Das Durchschnittsgehalt der Regierungsräthe sei 5100 Mk. Erst nach 13 Dienstjahren trete der Richter in den Genuss des Mindestgehalts der Verwaltungsbeamten. Das seien schreitende Missstände.

Abg. Günther (n.-l.): Die Klagen über die mangelhafte Ausbildung der Juristen sind mehr Modesache geworden als tatsächlich begründet.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (cons.) will das fröhliche zweite Examen für Juristen wiederhergestellt wissen.

Abg. Wehr: Herr Andrae hat doch übersehen, daß die ganze Kategorie der Landräthe schlechter steht, als die Richter; auch die Staatsanwälte haben ungünstigere Staatsbedingungen.

Abg. Bödiker (Cent.) fordert, daß der Vorbereitungsdienst der Referendarien bei den Amtsgerichten verlängert werde.

Justizminister Friedberg: Eininstimmigkeit ist in dieser Frage noch nicht vorhanden; deshalb habe ich mich zu einer Änderung des Regulativs noch nicht entschließen können.

Bei dem Titel: Ministergehalt bringt

Abg. Ebert (freis.) die Angelegenheit des Redakteurs vom „Boten aus dem Riesengebirge“ Dürholt in Hirschberg zur Sprache. Er erwähnt der Adresse, die nach Ablehnung des dritten Directors, vom Landrat v. Hoffmann und Staatsanwalt Heim unterzeichnet,

colportiert wurde, in der das Verhalten des Reichstags „unankbar und für das Vaterland schmachvoll“ genannt wurde, während das conservative Organ in Hirschberg das Votum des Reichstages ein „zämmervolles“ nannte. Als nun Dürholt den Beschluss des Reichstages über die Branntweinsteuer tabelte, hat der Staatsanwalt, der drei Jahre vorher einen Beschluss des Reichstages als schmachvoll für Deutschland bezeichnete, die Strafverfolgung beantragt. Der Redakteur wurde vorgeladen, glaubte aber als Richtjurist nicht kommen zu brauchen, weil der nicht versammelte Reichstag die nötige Ermächtigung zu seiner Verfolgung nicht gegeben. Er brauchte nun in seinem Blatte den Ausdruck, „der Staatsanwalt hätte das wissen müssen“, und da dies als Beleidigung der Würde des Staatsanwaltes aufgesetzt wurde, trug ihm der Ausdruck 6 Monate Gefängnis ein. Man bestritt, daß ein Interesse für das Publikum vorliege, diese Sache durch die Presse kennen zu lernen. Einundzwanzig Urtheile sind gegen Dürholt ergangen; zur Charakteristik dieser Urtheile will ich aber bemerken, daß er wiederholt wegen Publication von Artikeln bestraft worden ist, wegen deren andere Blätter nicht bestraft worden sind. Dürholt ist ein ehrlicher Mann, weit über den Kreis seiner Parteigenossen beliebt. Auf ihn paßt das Wort des Schreiber Bansen: „Ehrlichkeit macht unbesonnen und auch trozig.“ Durch solches Vorgehen wird der Glaube an die Unparteilichkeit der Gerichte geschwächt, und das würde ich für ein nationales Unglück halten. Deshalb bitte ich den Herrn Minister, diese Angelegenheit zur Kenntnis zu nehmen und Remedien einzutreten zu lassen.

Justizminister Friedberg: Wegen des Artikels Dürholts, welcher eine Beleidigung des Reichstags enthielt, ist keineswegs ein strafgerichtliches Verfahren veranlaßt worden, bevor die Genehmigung des Reichstags eingeholt war. Der Staatsanwalt hat nur, um den Einwand der Verjährung nicht aufkommen zu lassen, den Dürholt über seine Publicationen vernehmen lassen wollen. Aber auch dies hielt der Oberstaatsanwalt nicht für zulässig, bevor der Reichstag gehört sei. Der Abg. Ebert meint, das Gericht habe den Mann zu schwer verurtheilt. Schädigt Herr Ebert nicht selbst den Glauben an die Unparteilichkeit der Gerichte, wenn er ein Urteil mit seinen Gründen hier gewissermaßen der Nation denuncirt? Ich habe nicht das Recht, in die Erwägungen der Gerichte einzugreifen, und werde es auch nicht gegenüber Angriffen, wie sie hier gemacht worden sind. (Beifall rechts.)

Abg. Czarlinski (P.) bittet um möglichste Zuziehung von Dolmetschern bei gerichtlichen Verhandlungen mit Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

Abg. Träger (freis.) erinnert an ein Rundschreiben des Vorgängers des Justizministers, in welchem er meinte, die Staatsanwälte beantragen zu niedrige Strafen, und die Gerichte erkennen zu streng. Eine solche Kritik an der Person des Richters hat Abg. Ebert nicht über wollen. Die politische Meinung des Richters, meinen wir, sollte für jeden ganz gleichgültig sein, wenn nur seine politische Meinung in seinem Urtheil nicht zu merken ist. Angegriffen ist nur die Objectivität des Staatsanwalts, und mit vollem Recht im öffentlichen Interesse. Und jenem Staatsanwalt würde man den Gedanken, der Reichstagsbeschluß sei

schmachvoll, nicht verübeln; diesen Gedanken aber öffentlich bekannt zu geben, ist für einen Staatsanwalt mindestens unvorsichtig. Dieser Staatsanwalt nun schreitet gegen Dürholt in der heftigsten Weise ein, weil dieser auch Kritik an einem Beschluss des Reichstages geübt. Dürholt ist ja allerdings nur Redakteur und noch dazu freisinnig. Und diese Auflösung mußte dem Staatsanwalt doch um so weniger Veranlassung zum Vorgehen geben, als der Reichstag grundsätzlich Verfolgung auf solche Kritiken hin nicht eintreten läßt. So meine ich, wird niemand es wunderbar finden, wenn bei uns Verdacht gegen seine Objectivität erwacht. Denn die Regierungspresso darf wahrscheinlich in berechtigter Entrüstung jeden noch viel schärferen Ausdruck unter den Augen des Staatsanwalts gebrauchen. — Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist gegenwärtig die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter ebenso brennend wie die der Berufung und leichter zu entscheiden. Es macht einen schlechten Eindruck bei der jetzigen Deffenlichkeit des Gerichtsverfahrens, wenn ein unschuldig Verurtheilter zum Verlust seiner Ehre auch noch den seines Vermögens tragen muß. Im Reichstag ist unser Antrag darauf viermal und zwar in der bescheidensten Form eingeführt, mit Wohlwollen in der Materie aufgenommen und an die einzelnen Regierungen verwiesen. In Bayern hat man durch Einstellung eines Postens in den Stat wenigstens die Liebe gezeigt. Ich bitte den Herrn Justizminister um Auskunft über die Zukunft dieser Frage in Preußen.

Justizminister Friedberg: Der Vorredner hat eine Declaration dessen gegeben, was Abg. Ebert hat sagen wollen. Denn allerdings wäre meine Antwort bei einem Angriff bloß auf die Staatsanwälte eine andere gewesen. Redner spricht sich dann auf das entschiedenste gegen die Einführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter aus, indem er aussöhlt: Die Einführung der Berufung würde einen Rückstritt im Justizwesen bedingen, wenn nicht die große Reihe der Garantien, die statt der Berufung in das Gesetz aufgenommen worden, geändert wird, und eine energische Strafverfolgung lahm legen. Was die Frage der Entschädigung der sogenannten unschuldig Verurtheilten betrifft — denn nach meiner Meinung gehen viele als unschuldig Verurtheilte umher, die sehr wohl schuldig sind —, so habe ich doch schon wiederholt bewiesen, daß ich dort, wo es sich wirklich um einen Unschuldigen handelt, zu helfen bereit bin. Wirklich unschuldig Verurtheilten habe ich aus mir zu Gebote stehenden und aus eigens mir vom Könige erbetenen Fonds Erleichterungen verschafft und werde es auch künftig thun.

Abg. v. Nechtritz (cons.) bittet, die Gehälter der Richter zu erhöhen.

Der Justizminister erklärt, daß er zunächst nicht an Gehaltserhöhungen für die Richter gehen könne.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Landwirthschaftliches. Künstlicher Dünger.

I.  
(Landwirthschaftliche Original-Correspondenz der „Danziger Zeitung“.)

Wenn auch die winterliche Schneedecke höher als gewöhnlich unsere Felder bedeckt, so wissen wir doch, daß sie in nicht allzulanger Frist von der höher steigenden Sonne verzehrt werden, daß frisches Leben der steinhart gefrorenen Ackererde entsprechen wird. Es ist an der Zeit, daß wir uns auf die Frühjahrsarbeiten vorbereiten und erwägen, ob die Vorräthe für alle Bewürfnisse ausreichen werden oder ob Anschaffungen gemacht werden müssen. Erscheinen soche nothwendig, so ist es ratsam, das Bedürfniss aufs sorgfältigste zu prüfen und den Entschluß des Ankaufs nur zu fassen, wenn die Ueberzeugung begründet ist, daß der Einkaufspreis reichlich durch die Ernte gedeckt werden wird. Andernfalls wird der vorsichtige Landwirth den Ankauf lieber unterlassen, das Geld in der Tasche behalten und sich in der Wirtschaft, wie man zu sagen pflegt, „behelfen“.

Ganz besonders wichtig und zugleich auch schwierig ist solche Entscheidung gegenüber den künstlichen Düngemitteln. Ueber die Wirkung derselben auf den verschiedenen Bodenarten in unserer Provinz sind wir noch keineswegs zweifellos unterrichtet, die Witterung des Frühjahrs und Sommers übt einen sehr großen Einfluß auf ihre Wirksamkeit aus, man pflegt diese Erfahrung mit den Worten auszudrücken: Die Wirkung des künstlichen Düngers ist bei uns unsicher.

Woher kommt die Unsicherheit? Wir glauben aus zwei Gründen. Einmal wegen der meistens in der ersten Periode des Wachstums — Mitte Mai bis Mitte Juni — bei uns herrschenden Trockenheit, dann aber, weil wir die Bedürfnisse unseres Bodens nur in den seltensten Fällen genau genug kennen, um mit Sicherheit die richtige Auswahl treffen zu können.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Stoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zustande, so daß die Wurzeln die Stoffe aufnehmen können, und es fehlt z. B. Phosphorsäure, so können die Pflanzen nicht genügend wachsen.

Abg. Ebert constatirt schließlich, daß der Justizminister auf die Frage, was er angehts der von ihm vorgebrachten Thatsachen gegen den Staatsanwalt Heim zu thun gedenke, keine Antwort gegeben habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die bessere Ackererde enthält sämmtliche mineralischen Nährstoffe, aus welchen die Pflanzen ihren Leib aufbauen. Jede Pflanze braucht in einem ganz bestimmten und zuverlässig bekannten Verhältnisse diese mineralischen Nährstoffe, wenn sie normal gedeihen soll. Die wichtigsten, weil seltensten unter denselben sind Kali und Phosphorsäure, außerdem Kalk, Rieselsäure, Magnesia u. s. w. Neben diese sogenannten Aschebestandtheilen (sie bleiben nach dem Verbrennen der Pflanzen als unverbrennbare Asche zurück) muß auch Stickstoff in dem Boden vorhanden sein, um lippiges Wachsthum möglich zu machen. Findet die Weizenpflanze alle übrigen Aschebestandtheile reichlich im Boden zu ihrer Verfügung, d. h. in löslichem Zust

Boden, dem nur Phosphorsäure fehlt, Kali zuführen, so würde man nicht eine größere Ernte erwarten dürfen. So hat es vor Jahren ein Nachbar gemacht, für eine bedeutende Geldsumme Superphosphat angeschafft, ausgestreut und nicht den geringsten Erfolg gesehen. Natürlich war der Mann empört über die Wissenschaft, welche unzähliges Zeug empfiehlt und den Landwirth zur Verschwendung verleiht; er war aber im Unrecht, hätte vielmehr sich selbst anklagen müssen, weil er nicht vorher sein Feld befragt hatte, was es braucht. Solche Frage ist viel leichter auszusprechen und eine Antwort einzuholen, als mancher denkt. Früher wurde man an die chemische Analyse gewiesen; doch ist dieselbe sehr zeitraubend, kostbar und keineswegs zuverlässig, und zwar deshalb nicht, weil man nur von einer ganz kleinen Stelle des Ackers eine Probe entnehmen kann und bei dem in hiesiger Provinz ungemein wechselnden Charakter des Bodens gar keine Sicherheit hat, daß einige Meter von der betreffenden Stelle dieselben Bestandtheile vorhanden sind, welche die Analyse angibt. Man mündet vielmehr, um den Boden genau kennen zu lernen, ein anderes, sehr praktisches und gar nicht kostspieliges Mittel an. Man bezeichnet nämlich auf den zu untersuchenden Felder einzelne Parzellen, bringt auf diese vor der Bestellung einzelne Düngemittel, wie Phosphorsäure, Kali, Kalk ic. und beobachtet die Wirkung auf das Wachsthum. War der Acker arm an Phosphorsäure, so werden die Feldfrüchte auf der Parzelle, welche diesen Stoff erhalten hatte, kräftiger wachsen als auf den benachbarten Flächen, und ebenso ist es mit den übrigen Düngearten. Auf diese Weise kann man die Felder kennen lernen und wird, nachdem einige Jahre lang die Versuche wiederholt sind, ziemlich genau wissen, welche Düngung Erfolg verheißt. Wir wiederholen, diese Versuche sind keineswegs kostspielig. Es ist nicht ratsam, große Parzellen herauszuschneiden, sondern lieber mehr und kleinere zu nehmen. Die Feststellung des Ernterestulates solcher Parzellen ist in der großen Mehrzahl der Wirtschaften unausführbar, denn im Orange der Erntearbeiter fehlt es dazu an Zeit. Wer dennoch Wert darauf legt, die Parzellen einzeln abzuerten, muß dazu ganz besondere Arbeitskräfte schaffen und dieselben mit eiserner Energie ausschließlich für diese Thätigkeit verwenden. Wenn diese Ermittlungen nicht genau ausgeführt werden, haben sie keinen Wert. Das Getreide muß unmittelbar nach der Gewinnung gedroschen und das Gewicht der Körner festgestellt werden, und daß hierzu viel Zeit gehört, daß diese Arbeit nicht unbedeutend kostet, liegt auf der Hand. Es ist vorgezeichnet, nach dem Vorgange von Neuhaus-Gelchow auf das Dreschen zu verzichten und nur das Gewicht der Garben zu ermitteln, doch können wir davon als von einer ungenauen Methode nur abraten. Einmal ist seine Behauptung, daß bei dem Getreide Stroh und Körner in einem nur wenig schwankenden Gewichtsverhältnis zu einander stehen, nicht erwiesen, sie wird vielmehr durch die Thatzache, daß Getreide mit kurzem Stroh vom Fuder besser schüttet als langes, ziemlich ausreichend widerlegt; ferner ist der Thau, welcher oft, besonders bei bedecktem Himmel, erst um Mittag völlig verdunstet, ein die Genauigkeit des Versuches in hohem Grade störendes Hindernis.

Bei den Versuchen, wie wir sie im Sinne haben, wird das Auge des erfahrenen Landwirths ausreichen, um nach sorgfältiger Beobachtung des Wachsthums der Pflanzen zu entscheiden, ob die Entwicklung der Pflanzen befördert ist, ob die Düngung gewirkt hat, ob das betreffende Feld Mangel an dem einen oder dem anderen Nährstoff aufweist. Parzellen von wenigen Quadratmetern Inhalt reichen für diesen Zweck vollständig aus. Wer diesen höchst lehrreichen Versuchen 10—12 Mk. opfern will, kann 36 Parzellen à 5 Quadratmetern = 1 Morgen düngen und beobachten. Die Arbeit des Ausmessens, Aussprechens, Bezeichnens

dieser Parzellen ist ja auch nicht gering; dieselbe fällt aber in eine Zeit, in welcher sie leichter zu leisten ist als in der Ernte. Solche Versuche, eine Reihe von Jahren fortgesetzt, lehren den Landwirth sein Feld kennen, und zeigen, in welcher Weise er mit Erfolg künstlichen Dünger anwenden soll.

## Dermischte Nachrichten.

Bunzlau, 11. Februar. [Liebesdrama.] Die siebzehn Jahre alte Tochter eines hiesigen Beamten hatte bereits seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit dem jetzt 21 Jahre alten Postgehilfen A. Dieser war vorher in Görlitz beschäftigt und kam dann nach hier zurück, wo er krank wurde und bei dem Vater seiner Geliebten, einem Wittwer, Aufnahme fand. Da A. am 1. d. M. seinen Dienst, wie ihm aufgefragt war, nicht wieder antrat, wurde er aus dem Postdienst entlassen. Dies nahm sich der junge Mann sehr zu Herzen und trug sich seitdem mit Todesgedanken. Gestern (Donnerstag) früh wurde ihm noch von dem Vater seiner Braut gut zugesetzt und er darauf vertröstet, daß schon bessere Zeiten für seine und seiner Braut Zukunft kommen würden. Als der Vater im Laufe des Vormittags wieder nach Hause kam, fand er die Thür verschlossen. Sofort holte er einen Schlosser und ließ dieselbe öffnen. Hier in der Stube erfuhr er aus verschiedenen Anzeichen, daß der junge Mann sowohl wie seine Tochter den Tod zu suchen beabsichtigten. Nach Requisition mehrerer Polizeibeamten suchte man sofort die beide und die Ufer des Bober ab, fand aber nichts. Früh, als beide in der Nacht nicht nach Hause gekommen waren, wurden die Nachforschungen fortgesetzt und in einer Grube in der Nähe der lebhaften Kanone in der Zedde beide tot aufgefunden. Der junge Mann hatte seine Geliebte zuerst in die Schläfe geschossen und sie damit sofort getötet. Nachdem er sie ordentlich hingelegt und zugedeckt, hatte er sich selbst den tödlichen Schuß in die Schläfe beigebracht und war dann über seiner Geliebten zusammengesunken.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 165 bis 170. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 122 bis 128, russischer loco ruhig, 90—98. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübel ruhig, loco 46½. Spiritus geschäftslos, per Februar-März 21½ Br., per März-April 21½ Br., per April-Mai 21½ Br., per Mai-Juni 22½ Br. Kaffee seit ruhig. Umrahm 2500 Gack Petroleum ruhig, Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Gb., per August-Dezember 7,30 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 14. Februar. Zuckermarkt. Rübenzucker 1. Product, Basis 880 Rendem, frei an Bord Hamburg per März 14,10, per April 14,20, per November 12,55, per Dezember 12,55. Besser.

Hamburg, 14. Februar. Kaffee good average Santos per März 65½, per Mai 64½, per Septbr. 60½, per Dezember 59½. Fest ruhig.

Havre, 14. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 79, per Mai 79,00, per August 76, per Septbr. 73,75. Behauptet.

Frankfurt a. M., 14. Februar. Effecten-Societät. (Schlu.) Creditactien 215, Franzosen 173½, Lombarden 63½, Galizier 155, Aegypter 75,15, 4% ungar. Goldrente 77,65, 1880er Russen 77,20, Gotthard-Bahn 113,10, Disconto-Commandit 187,90, Mecklenburger 129,40, 3% portugiesische Staatsanleihe 59,35. Ruhig.

Wien, 14. Februar. (Schlu.-Course) Oester. Papierrente 78,05, do. 5% do. 93,10, do. Silberrente 79,45, 4% Goldrente 108,50, do. ungar. Goldr. 96,85, 5% Papierrente 83,35, 1854er Loos 130,25, 1860er Loos 133,50, 1864er Loos 165,75, Creditloose 178,50, ungar. Brämenloose 119,25, Creditactien 270,00, Franzosen 215,60, Lombarden 80,50, Gotthard 192,50, Lemb.-Ezern 208,50, Vardub. 146,50, Nordwestbahn 153, Elbthal. 156,75, Agramprinz-Rudolfsbahn 178,75, Böh. West — Nordbahn 2470,00, Unionbank 190,50, Anglo-Aust. 101,00, Wiener Bankverein 82,50, ungar. Creditactien 272,25, deutsche Blähe 62,15, Londoner Wechsel 126,75, Pariser Wechsel 50,15, Amsterdamer Wechsel 105,25, Napoleons 10,03½, Dukaten 5,98,

Marknoten 62,15, russ. Banknoten 1,07½, Gilbercoupons 100,00, Länderbank 205,25, Trammen 210,00, Tabak-actien 70,50, Buschtheraderbahn 218,50.

Amsterdam, 14. Februar. Getreidemarkt. Roggen per März 102—103, per Oktober 105—106.

Antwerpen, 14. Februar. Heute findet kein Getreide- und Petroleummarkt statt.

Paris, 14. Februar. (Schlu.-Course) 3% amortifizierbare Rente — 3% Rente 81,77½, 4½% Anleihe 106,70, italien. 5% Rente 93,15, österreichische Goldrente 87½, 4% ungar. Goldrente 77½, 4% Russen de 1880 78,05, Franzosen 43,25, Lomb. Eisenbahnactionen —, Lombard. Prioritäten 286,00, Convert. Türk. 14,10, Türkentoote 35,25, Credit mobilier 302, 5% Spanier 67½, Banque ottomane 503,12, Credit foncier 1375, 4% unif. Aegypter 379,37, Guer-Actien 2117, Banque de Paris 750,00, Banque d'escompte 453,00, Wechsel auf London 25,25½, Wechsel auf deutsche Blähe (3 Mth.) 123½, 5% privil. türk. Obligationen 362,00, Panama-Actien 277, Rio Tinto 535.

London, 14. Februar. Consols 102½, 4% preuß. Consols 105½, 5% italien. Rente 92½, Lombarden 7, 5% Russen von 1871 92, 5% Russen von 1872 91, 5% Russen von 1873 92, Convert. Türk. 14, 4% fundierte Amerikaner 129½, Oester. Silberrente 63, Oester. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 76½, 4% Spanier 67, 5% privil. Aegypter 101½, 4% unif. Aegypter 75, 3% gar. Aegypter 102½, Ottoman-Bank 10, Guer-Actien 84, Canada Pacific 59½, Convertirte Amerikaner 34½, Gilber —, Blandiscon 1½ Proc. Wechselnotierungen: Deutsche Blähe 20,51, Wien 12,84, Paris 25,48, Petersburg 20½.

London, 14. Februar. An der Küste angeboten 1 Weizenladung. — Thauwetter.

Glasgow, 14. Februar. Roheisen. (Schlu.) Mixed numbers warrants 39 sh. — d.

Liverpool, 14. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Mais 1½ d. höher. Mehl steigt. — Wetter: Frostig.

Liverpool, 14. Februar. Baumwolle. (Schlu.-Bericht.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middle. amerikan. Lieferung: per Febr. 53½ Gb. Räuferpreis, per Febr.-März 53½ do., per März-April 53½ do., per April-Mai 53½ do., per Mai-Juni 53½ do., per Juni-Juli 51½ do., per Juli-August 51½ Räuferpreis, per August-September 53½ Räuferpreis, per Septbr. 53½ do.

New York, 13. Februar. (Schlu.-Course) Wechsel auf Berlin 95, Wechsel auf London 4,86, Cable Transfers 4,84, Wechsel auf Paris 5,22½, 4% fund. Anleihe v. 1877 125½, Erie-Bahn-Act. 26½, New York-Central-Actien 106½, Chic.-North-Western-Act 107½, Lake-Shore-Act. 90½, Centr.-Pacific-Actien 30, North-Pacific-Preferred-Actien 44½, Louisville- und Nashville-Actien 59½, Union-Pacific-Actien 54½, Chic. Mtro. u. St. Paul-Actien 75½, Reading- und Philadelphia-Actien 65½, Wabash-Preferred-Actien 25½, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 58½, Illinois-Centralbahn-Actien 118, Erie Second Bonds 87½, — Waaren-Bericht. Baumwolle in New York 10%, do. in New Orleans 9½ raff. Petroleum 70% Abel Zeit in New York 7½ Gb., do. in Philadelphia 7½ Gb., rohes Petroleum in New York — D. 6½ C. do. Pipe line Certificats — D. 88½ C. Zucker Fair refining Musconados 4½. Kaffee (Fair Rio) 16, Rio Nr. 7 low ordinary per März 12,52½, do. per Mai 12,27½, Schmalz (Wilcor) 7,85, do. Fairbanks 7,90, do. Rohe u. Brothers 7,85, Spez. — Kupfer per März 16,40, Getreidefracht 11½.

New York, 13. Februar. Visible Supply an Weizen 40 288 000 Bushels, do. an Mais 8 339 000 Bushels. New York, 13. Februar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 23 000, do. nach Frankreich 14 000, do. nach anderen Häfen des Continents 11 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 64 000, do. nach anderen Häfen des Continents — Okt.

New York, 14. Februar. Wechsel auf London i. G. 4,84, Röther Weizen loco 0,89½, per Februar 0,88½, per März 0,89½, per Mai 0,91½. — Mehl loco 3,20. — Mais 0,60. Fracht 1½. — Zucker (Fair refining Musconados) 41½.

## Productenmärkte.

Königsberg, 14. Februar. (v. Portafusius u. Grothe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 116½, 129,50, 128½ 149,50, 128½ 150,50, 129½ 151,75, 130½ 153,134½ 155,25 M. bei. bunter 128½ 150,50, russ. 117½ 108, 120½ 112, 122½ 115,50, 123½ 114, 124½ blsp. 100 M. bei. rother 128,9% und 129½ 153 M. bei. —

Roggen per 1000 Kilogr. inländ. 116½ 91,25, 118½ 95, 119½ 96,25, 120½ 97,50, 121½ 98,75, 122½ 100, 124½ 103 M. bei. russ. ab Bahn 120½ 69, bei. 68,50, 121½ 70,25, 124½ 74 M. bei. — Gerste per 1000 Kilogr. grobe 88,50, 91,50, russ. 70, 71, 71,50, 72, 77, fein 86, 87, polnisch 92 M. bei. kleine 63, 65, 69, 69,50 M. bei. — Hafer per 1000 Kilogr. 92, 96, 100, 101 M. bei. —

Erbsen per 1000 Kilogr. weiße 88,75, russ. grobe 88, 89, 90, 98, Victoria 108 M. bei. — Bohnen per 1000 Kilogr. 97,75 M. bei. — Weizen per 1000 Kilogr. 93,25, 98,75 M. bei. — Buchweizen per 1000 Kilogr. russ. 72 M. bei. — Spiritus per 1000 Liter % ohne Fahrt loco contingentir 49½ M. Gb., nicht contingentir 29½ M. Gb., per Februar contingentir 49½ M. Gb., nicht contingentir 29½ M. Gb., per Frühjahr contingentir 51½ M. Br., nicht contingentir 32 M. Br. — Die Notrungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 14. Februar. Weizen maff. loco 157—163, per April-Mai 164,50, per Juni-Juli 168,00. — Roggen maff. loco 100—111, per April-Mai 114,50, per Juni-Juli 119,00. — Mais hafer loco 102—108. — Rübbl. unveränd., per Februar 45, per April-Mai 45. — Spiritus unveränd., loco ohne Fahrt verfeuert 26,90, do. mit 50 M. Consumsteuer 48,30, do. mit 70 M. Consumsteuer 50,30, per April-Mai 59,00. — Petroleum loco verfeuert 12,70.

Berlin, 14. Februar. Weizen loco 153—175 M. per April-Mai 161½—161½—162—161½ M. per Mai-Juni 164½—164—164½—164½ M. — Roggen loco 105—118 M. mittel inländischer 112 M. guter inländischer 114—115 M. ab Bahn, per April-Mai 119½—119½ M. per Mai-Juni 121½—122 M. per Juni-Juli 123½—124 M. — Hafer loco 105—128 M. oil- und westpreußischer 109—113 M. pommerischer und uckermärkischer 110—114 M. schlesischer 110 bis 114 M. feiner schles. preuß. und pomm. 115—120 M. ab Bahn, per April-Mai 113—113½ M. per Mai-Juni 115½—116 M. per Juni-Juli 118—118½ M. — Gerste loco 100—175 M. — Mais loco 120—126 M. per April-Mai 124 M. — Kartoffelmehl per Februar 18 M. per April-Mai 18,40 M. — Trockene Kartoffelstärke per Februar 18 M. per April-Mai 18,40 M. — Feuchte Kartoffelstärke per Februar 10,50 M. — Erbsen loco Futterwaar 111—119 M. Rohware 125—195 M. — Weizenmehl Jr. 0 21,00—19 M. Jr. 00 23,00—21,50 M. — Roggenmehl Jr. 0 18,50—17,50 M. Jr. 0 und 1 16,50 bis 15,00 M. do. ff. Marken 18,50 M. per Februar 16,35 M. per Februar-März 16,35 M. per April-Mai 16,50—16,55 M. — Rübbl. loco ohne Fahrt 44,7 M. per April-Mai 44,7 M. per Mai-Juni 44,9 M. per Juni-Juli 45,1 M. per Septbr.-Oktober 45,7 M. — Petroleum loco 25,1 M. — Spiritus loco ohne Fahrt 98,1—98,2 M. per April-Mai 98,7—98,9 M. per Mai-Juni 99,3—99,5 M. unverfeuert (50 M.) loco 49,5—49,6 M. per April-Mai 50,8—50,8 M. per Mai-Juni 51,3—51,4 M. per Juni-Juli 52,0—52,1 M. per Juli-August 52,7—52,9 M. per August-Septbr. 53,2—53,4 M. unverfeuert (70 M.) loco 31,0 M. per April-Mai 32,2—32,3 M. per Mai-Juni 32,6—32,8 M. per Juni-Juli 33,3—33,5 M. per Juli-August 34,0—34,2 M. per August-Septbr. 34,5—34,7 M.

Magdeburg, 14. Februar. Zuckerbericht. Rorzucker, excl. 92 % 24,20, Rorzucker, excl. 88 % Rendem. 23,00, Rorzprodukte excl. 75 % Rendem. 19,00. Flau. Gent. Raffinade mit Fahrt 29,50. Gem. Melis 1. mit Fahrt 28,00. Schwach. Rorzucker 1. Product. Transito f. a. B. Hamburg per Febr. 14,10 bei. per März 14,10 bei. per April-Mai 14,32½ Gb., 14,40 Br., per Juni-Juli 14,60 Br. Schwankend.

## Schiffs-Liste.

Reisefahrwasser, 14. Februar. Wind: EW. Gesegelt: Faithlie (Gd.), Fairweather, Campbeltown, Getreide. — Sophie (Gd.), Garde, Rotterdam, Getreide und Güter. — Süd (Gd.), Stahl, Randers, Aleie. — Deltegothland (Gd.), Petterson, Ahus, Getreide. — Adele (Gd.), Frühfeldt, Kiel, Spirit und Holz.

15. Februar. Wind: EW. später D. Angekommen: Ilva (Gd.), Davies, Methil, Hoboken. — Elisabeth (Gd.), Frandsen, Copenhagen, Güter. Gesegelt: Neptune (Gd.), Göransson, Malmö, Aleie. Nichts in Sicht.

Berautwörthliche Nebacterie: für den politischen Theil und verschiedene Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literaturtheil: H. Höckner, — den lokalen und provinzialen Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Juicerattheil: A. W. Koemann, sämtlich in Danzig.